

„15 Jahre Reformasi“

Bericht zum Podiumsgespräch des Indonesientags Köln 2014

Die Podiumsteilnehmer der Veranstaltung "15 Jahre Reformasi" im Rahmen des diesjährigen Indonesientages in Köln reflektierten Trends und Herausforderungen seit Beginn der Demokratisierung nach dem Ende der Suharto-Ära. Gastgeber des Podiums waren die Stiftung Asienhaus und die Deutsch-Indonesische Gesellschaft (DIG), deren Vorsitzender Karl Mertes das Gespräch moderierte.



V.l.n.r.: Hok An, Heiner Bielefeldt, Karl Mertes, Anett Keller, Michaela Haug, Ingo Wandelt. © Peter Berkenkopf

Brisante Aktualität

Unerwartet bekamen die politischen Themen auf dem Podium eine brisante Aktualität. Am Vortag hatte das indonesische Parlament überraschend ein Gesetz zu einer zentralen Errungenschaft der Demokratisierung verabschiedet: Die direkte Wahl von Bürgermeistern, Bezirks- und Provinzoberhäuptern durch das Volk wurde abgeschafft. Inzwischen hat der frühere Präsident Susilo Bambang Yudhoyono, der zu diesem Zeitpunkt noch amtierte, das Inkrafttreten des neuen Gesetzes per Dekret ausgesetzt. Beobachter halten es jedoch für unwahrscheinlich, dass das Parlament das Dekret verabschieden und seinen Gesetzesbeschluss zurücknehmen wird. Im Präsidentschaftswahlkampf Mitte 2014 hatte der spätere Verlierer Prabowo Subianto Direktwahlen als Produkt westlicher Kultur und damit ungeeignet für Indonesien bezeichnet. Seine Parteien-Koalition kontrolliert mit 58% die Parlamentsmehrheit.

Auf dem Indonesientag wurde deutlich, dass sich schon vor Beginn der Amtszeit von Präsident Joko Widodos (genannt ‚Jokowi‘) am 20. Oktober 2014 ein spannender Machtkampf zwischen Legislative und Exekutive abzeichnete. Indonesiens Wahlvolk

hatte mit Jokowi erstmals einen Präsidenten gewählt, der nicht aus den Kreisen der militärischen oder politischen Eliten stammt.

Die Journalistin Anett Keller von der Südostasien Informationsstelle wies auf die mit Jokowi's Amtsantritt verbundenen, völlig überzogenen Hoffnungen vieler seiner Unterstützer hin. Man habe in Indonesien von einem „Obama-Effekt“ gesprochen. Angesichts der Herausforderungen für Jokowi sei eine Ernüchterung unvermeidlich. Ungewöhnlich eindeutig hätten Anett Keller zufolge zivilgesellschaftliche Gruppen und Aktivisten im Wahlkampf Partei für Jokowi ergriffen. Ein Motiv dafür sei die Furcht vor dem Konkurrenz kandidaten Prabowo Subianto gewesen, dem eine Mitverantwortung für Menschenrechtsverletzungen aus seiner Zeit als Militär general vorgeworfen wird, unter anderem in Osttimor. Eine erste Enttäuschung bezüglich der in den neuen Präsidenten gelegten Hoffnungen habe es bereits gegeben: Als Berater seines Übergangskabinetts hat Joko Widodo den Geheimdienstchef Abdullah Mahmud Hendropriyono ernannt, der wegen seiner ungeklärten Rolle bei der Ermordung des Menschenrechtsverteidigers Munir Said Thalib zumindest als Mitwisser verdächtigt wird. (Siehe auch [Indonesien – Das Jahr der Entscheidung](#))

Die Aufarbeitung schwerer Menschenrechtsverletzungen, auch angesichts des kommenden 50. Jahrestags des gewaltsamen Machtwechsels von 1965, sei eine besondere Herausforderung für Jokowi. Anett Keller betonte, dass der vielbesprochene neue Film *The Act of Killing* entgegen vieler Medienberichte keineswegs der erste sei, der sich mit den Massenmorden an Zivilisten 1965-66 auseinandersetze. Voraussichtlich im Dezember erscheint dazu ein Lesebuch mit Stimmen aus Indonesien.



Einfluss des Militärs

Sicherheitsexperte Ingo Wandelt erläuterte, wie gründlich die seit 1999 initiierten Reformen das Militär fast gänzlich aus parlamentarischen und anderen formalen politischen Machtstrukturen herausgedrängt haben. Allerdings habe das Militär weiterhin starken politischen und wirtschaftlichen Einfluss, wenngleich weniger direkt: Der bisherige Präsident sowie viele Amts- und Einflusssträger in Wirtschaft und Politik, in Ministerien und staatseigenen Unternehmen sind pensionierte Offiziere, die dafür sorgen, dass viele Interessen des Militärs weiterhin berücksichtigt werden. Zudem erhält das Militär als Institution umfangreiche Mittel etwa für Waffenkäufe in nicht veröffentlichter Höhe sowohl aus staatlichen Quellen (z.B. dem Präsidentenbüro) als auch aus militäreigenen Unternehmen, welche den Finanzierungsanteil aus dem Verteidi-

gungsministerium regelmäßig übersteigen sollen. Entsprechend der gängigen Praxis, dass sich das Militär weitgehend unabhängig von staatlicher Kontrolle finanziert, bessern Soldaten und Offiziere routinemäßig ihr Einkommen durch Firmen auf, die teils in legalen Grauzonen betrieben werden oder gänzlich illegal sind. Ein Gesetz aus dem Jahre 2004, das alle größeren der damals 1.500 Militärunternehmen bis 2009 regulieren sollte, wurde bislang nur teilweise umgesetzt.

Mit Blick auf die Beziehungen zu Deutschland interessant bleibe der Kauf von 103 Leopard Kampfpanzern, 42 Schützenpanzern und 11 Sonderfahrzeugen, die Indonesien 2012 bestellt hat. Die Panzer unterliegen nicht den üblichen Rüstungsexportkontrollen Deutschlands, weil sie vor dem Verkauf als Gebrauchtfahrzeuge von der Firma Rheinmetall instand gesetzt und modernisiert worden seien. Offen bleibe die Frage, für welche Zwecke Indonesien diese Fahrzeuge bestellt habe. Ingo Wandelt verwies auf die Prestigefunktion dieses Geschäfts für das indonesische Militär, nicht zuletzt angesichts der Anschaffung ähnlicher Ausrüstung durch die Nachbarstaaten Singapur und Malaysia.

Schattenseiten der Dezentralisierung

Eines der Grenzgebiete Indonesiens mit einer militärisch-konfliktbeladenen Vorgeschichte liegt im Osten der Insel Borneo, wo die Ethnologin Michaela Haug die Auswirkungen der politischen Dezentralisierung auf die Armutsentwicklung der einheimischen Dayak Benuaq-Bevölkerung untersucht hat. Beim Indonesientag zeigte sie diese Auswirkungen beispielhaft am neu geschaffenen Bezirk West Kutai auf. Die Einwohner erlebten die demokratische Errungenschaft, nun einen der ihren zum Bürgermeister oder Bezirksregenten wählen zu können, zunächst als positiv.



Kohletransport auf Borneos Flüssen für den Export nach Ostasien, vor den Resten einst riesiger Waldbestände.

Indonesien konkurriert auf dem Weltmarkt mit Australien und Indien um den Export von Kohle für Stromkraftwerke und die Metallindustrie.

© H.S.

Darüber hinaus war ihnen bis zu dem am 26. September 2014 verabschiedeten Wahlgesetz auch erlaubt, den Provinzchef direkt zu wählen. Die Einheimischen hätten ihren Einfluss auf die Politik viel unmittelbarer erlebt als je zuvor. Allerdings zeigten sich schnell auch Schattenseiten: Der in den Wahlen siegreiche Familienclan habe sich anschließend nur in den Dörfern durch Geldgeschenke und Projektaufträge revanchiert, die ihn gewählt hatten. Dies verschärfe die Kluft zu den arm gebliebenen Bevölkerungsteilen und erzeuge Unmut über die Folgen der Dezentralisierungspoli-

tik. Dazu gehöre auch die unökologische Ausbeutung von Rohstoffen wie Wald und Steinkohle ohne Rücksicht auf nationale Vorschriften und Gesetze.
Zunehmende Ungleichheit

Derartige Ausbeutung zugunsten kurzfristigen wirtschaftlichen Gewinns war auch ein wichtiges Stichwort in der Präsentation zur Entwicklung der indonesischen Wirtschaft durch Hok An von der Menschenrechtsinitiative IMBAS. Er kontrastierte die Unterschiede zwischen der Selbstdarstellung einer boomenden Dynamik, der Außenwahrnehmung und den beobachtbaren Fakten. So seien die Strukturdaten der indonesischen Wirtschaft heute genau wie vor der Asienkrise recht gut, es gebe aber alarmierend ähnliche Schwachstellen, beispielsweise den einem Jahr fallenden Rupiah-Kurs. Aufgrund der stark gewachsenen Einnahmen aus der nicht nachhaltigen Rohstoffausbeutung habe Indonesien den Anteil seiner Exporteinnahmen für seine internationale Schuldentilgung in den Jahren 2012-2013 verdoppeln können. Auch andere aktuelle Wirtschaftsdaten wie das kaum gebremste Wachstum aufgrund der hohen Binnennachfrage hätten zu einer positiven Wahrnehmung durch Investoren geführt. Allerdings sei der neu gewonnene Wohlstand extrem ungleich verteilt und trage zur schnellen Vergrößerung des Abstands zwischen arm und reich bei.

Licht und Schatten gebe es auch in anderen Bereichen: Indonesien besitze aufgrund seiner schnell wachsenden, sehr jungen Bevölkerung, seines Rohstoffreichtums und seiner geopolitischen Lage gute Voraussetzungen für steigenden Wohlstand. Allerdings würde versäumt, den Heranwachsenden ausreichend Arbeitsplätze und qualifizierende Ausbildungswege zu schaffen; das schwache Bildungssystem sei eines der Haupthindernisse für Investitionen.



Bildungsnotstand: Dörfliche Grundschule in Nusa Tenggara Timur. © H.S.

Hinzu kommen extrem hohe bürokratische Hürden für neue Unternehmen. Die unter ‚Reformasi‘ geplanten Verwaltungsreformen würden angesichts grassierender Korruption seit Jahren stagnieren. Von fünf Millionen registrierten Unternehmen zahlten lediglich 11 Prozent Steuern, von 60 Millionen Steuerpflichtigen der Mittelschicht haben nur 40 Prozent überhaupt eine Steuernummer.

Schwierige Religionsfreiheit

Umstritten ist auch das Verständnis von Religionsfreiheit. Für das Podium des Indonentags war es gelungen, hierzu den Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen (VN) für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Prof. Heiner Bielefeldt zu gewinnen. Er ist einer von 39 internationalen Sonderberichterstattern des VN-

Menschenrechtsrats, deren thematisches Mandatsspektrum von extremer Armut und Ernährung bis zur Lage von Menschenrechtsverteidigern oder indigenen Völkern reicht.

Professor Bielefeldt erklärte seinen Zuständigkeitsbereich etwas genauer als „Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit,“ wobei dies die Freiheit einschlieÙe, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln oder gar keiner Religion zugehörig zu sein. Nicht selten müsse er sein Mandat und die Bedeutung von Religionsfreiheit gemäß internationalem Recht näher erläutern, um Missverständnisse zu beseitigen. So sei Religionsfreiheit kein ‚Ordnungsmodell‘ zum ‚Schutz von Religionen‘, sondern ein individuelles Freiheitsrecht aller Menschen, einschließlich der Angehörigen von (zum Beispiel religiösen) Minderheiten. Dies könne auch das Recht einschließen, seine Religion nicht in amtlichen Papieren vermerkt zu haben oder in amtlichen Formularen eintragen zu müssen.

In Bezug auf Indonesien werde das Thema Religionsfreiheit neuerdings viel diskutiert, oft jedoch unter eingeschränktem Blickwinkel, etwa der Diskriminierung religiöser Minderheiten. Im Land mit der viertgrößten Bevölkerung der Welt und mit der größten islamischen Bevölkerung überhaupt sei der Islam zwar keine Staatsreligion, doch gebe es für alle anerkannten Religionen ein staatliches Regel- und Verwaltungssystem. Deshalb müsse genau beobachtet werden, was die Aufgaben eines solchen Religionsministeriums seien, beispielsweise ob es dabei auch um den Schutz der Religionsfreiheit für alle Indonesier gehe.

Professor Bielefeldt betonte die fundamentale Rolle der Pancasila als philosophische Basis der Menschenrechte in Indonesiens Verfassung und Gesetzen, die grundsätzlich Religionsfreiheit garantierten. Aktuell werde jedoch in der Umsetzung dieser Freiheit von einer Verschärfung der Lage gesprochen, wenngleich es manche Einschränkungen schon länger gebe und Indonesien darin auch nicht isoliert betrachtet werden sollte. Bei der weltweiten Tendenz zur Diskriminierung von Schiiten etwa stehe Indonesien nicht an der Spitze.

Wenig beachtet werde in diesem Zusammenhang auf internationaler Ebene auch, dass in einem weltweit zu beobachtenden Klima des religiösen Vigilantismus neben Minderheiten vor allem Frauen zu leiden hätten. Damit verwies Professor Bielefeldt auf Gruppen wie die selbsternannten „Sharia-Polizisten“, die in Teilen Indonesiens ihre Vorstellungen religiöser Verhaltensregeln auch mit Gewalt durchsetzen, ohne von der Polizei daran gehindert zu werden.

Besondere Aufmerksamkeit verdiene zudem die Verantwortung des Staates bei Verletzungen des Rechts auf Religionsfreiheit durch nichtstaatliche Akteure, was im Einzelfall auch strafrechtlich verfolgt werden müsse. Es sei nicht mit dem Menschenrecht auf Religionsfreiheit vereinbar, wenn staatliche Organe bei Übergriffen durch nichtstaatliche Gruppen inaktiv bleiben. Hier sei auffällig, dass in den letzten Jahren die verschärfte Anwendung der Blasphemie-Gesetze in Indonesien in Einzelfällen dazu geführt habe, dass nicht die für religiös motivierte Gewalt verantwortlichen Täter, sondern stattdessen deren Opfer strafrechtlich verurteilt und öffentlich verhöhnt worden seien. Derartige Vorgänge erhöhten das Risiko, erneute religiös motivierte Diskriminierungen zu begünstigen.

Positiv seien dagegen die Berichte über die Rolle der staatlichen Menschenrechtskommission, die auch mit den zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen korrespondiere. Außerdem erfreue sich Indonesien einer höchst lebendigen und politisch aktiven Zivilgesellschaft und einer relativ breit aufgestellten Medienlandschaft.

Gemischte Bilanz

In der Bilanz des Podiums lässt sich feststellen, dass Indonesien in den 15 Jahren „Reformasi“ manche seiner Stärken und Vorteile – etwa Ressourcenreichtum – ausspielen konnte, um sich selbst zu entwickeln. Allerdings um den Preis nicht nachhaltiger Ausbeutung und hoher Kosten für Menschen und Umwelt. Außerdem ist festzustellen, dass angesichts des großen wirtschaftlichen Potentials Indonesien deutlich hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt. Längerfristig das wichtigste Hindernis ist nicht mehr die Infrastruktur, sondern das mangelnde Niveau im Bereich der Bildung. Politische Reformen und Entwicklungen wurden unter der „Reformasi“ zunächst mit großem Enthusiasmus und teils sehr zielorientiert angegangen, manche Vorhaben sind jedoch seit einigen Jahren nicht mehr voran gekommen oder weiterverfolgt worden. Angesichts einiger Tendenzen, wie das vom Podium diskutierte Verhalten des Parlaments, muss man sich fragen, welches Demokratieverständnis in der näheren Zukunft bestimmend sein wird.

Henry Schürmann, 30. Oktober 2014